Sonnabend, 4. Juli 1925 · 73. Jahrgang Nr. 313

Berliner Volks-Zeitung

Heute: Jede Woche Musik

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Einheitsbrot	0,50	Reichsindex	138,-
Milch	0,30	Strassenbahn	0,15
Briketts Keller Ztr.	1,37	Hochb. Tistr. II. 0,25, III.	0,15
Gaskoks Keller Ztr.	2,22	ganze Str. II. 0,30, III.	0,20
Strom o. Grundgeb.	0,18	Stadtbahn II. 0,25, III	0,15
Gas 0,16, Wasser	0,17	Omnib. Teil 0,15, g. Str.	0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch normal — Preise auf bisheriger Höhe

Rindfleisch 0,85—1,20, ohne Knoch. 1,20—1,60, Kalbfleisch 1,10—3,00, Hammelfleisch 1,10—1,50, Schweinefleisch 1,00—1,70, Gefrierfleisch 0,45 bis 0,90, Rückenfett 0,85—1,10, Liesen 0,85—1,10, Rindertalg ausgel. 0,75—0,85 d. Pfd., Salzheringe 0,05 bis 0,10 d. St., Butter 1,70—2,30 d. Pfund, Eier 0,10—0,18 das Stück, Zwiebeln 0,15—0,20 das Pfund.

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit		Telegr. d. Wort Berlin	0,05
Rohrpostk. 0,36, brief	0,40	Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,	
Postk. 0,03, F. u. Oest.	0,05	Ndrl., Schweiz 0,10, Frankr.	0,16
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung.	0,10	Dtschöster., Norw., Tschech.	17
Brief 0,05, Fern- u. Oest.	0,10	Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit.	27
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung.	0,20	Russl. 35-41, Ver. Staat.	125-295

Frankreichs schwere Marokkosorgen

Der zunehmende „Druck des Feindes" – Ein Interview mit Primo de Rivera – Der Bericht der parlamentarischen Schlachtenbummler

Paris, 4. Juli.

Der offizielle Kriegsbericht aus Marokko lautzet: „Im Westen haben wir Zitune erreicht. Der Militärposten von Tafrant konnte ohne Zwischenfälle neu verproviantiert werden. Die Situation im Osten ist sehr gespannt; der Druck des Feindes wird stärker." Diese lakonische Meldung über den zunehmenden Druck der Truppen Abd-el-Krims erregt in Paris Besorgnis. Man erwartet mit Ungeduld nähere Nachrichten.

Da es vor Kriegsschauplatz nicht viel Gutes zu berichten gibt, bemüht sich die Regierungspresse, ermunternde Nachrichten über die Verhandlungen in Madrid zu bringen. Der Sonderkorrespondent des „Petit Parisien" hat Primo de Rivera interviewt. Der Bericht über diese Unterredung ist sehr lang; aber der Inhalt bringt nicht viel neues. Primo de Rivera versichert, daß er sehr optimistisch über das Ergebnis der Konferenzen denke. „Denken Sie an eine gemeinsame militärische Aktion?" fragte der Franzose. Auf diese Frage antwortete Primo de Rivera nicht. „Dieser Soldat spricht vom Frieden", erzählt der Interviewer.

Die Armeekommission hat die Delegierten der Kammer, die aus Marokko zurückgekehrt sind, gestern in einer besonders einberufenen Sitzung angehört. Der Vorsitzende der parlamentarischen Mission, Guilhaumont, schilderte die Lage und erklärte, daß er eine Offensive für dringend notwendig halte. Ein Angriff sei weniger kostspielig als eine abwartende Haltung in einem Guerillakrieg, der täglich neue Ueberraschungen bringen könne. Guilhaumont verlangte außerdem die Ernennung eines vom Generalresidenten unabhängigen Militäroberbefehlshabers.

Renaudel unterstützte diese Auffassung und war gleichfalls für eine energische Weiterführung der begonnenen Operation, aber unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig auch Friedensverhandlungen eingeleitet würden.

Der rKieg in Marokko müsse unter allen Umständen schnell beendet werden. Alle Mitglieder der Mission wünschen die Einstellung der offiziellen Heeresberichte, welche die Wichtigkeit unbedeutender Operationen beständig übertreiben und ein ganz falsches Bild geben. Die Kommission wird den Ministerpräsidenten bitten, Communiqués dieser Art nicht mehr veröffentlichen zu lassen.

Guilhaumont sagte über Abd-el-Krim, den der Senator Chéron einen „Rebellen" nannte, und der in vielen französischen Zeitungen als ein wilder Fanatiker geschildert wird: „Abd-el-Krim ist kein Visionär, der an eine göttliche Sendung glaubt, sondern ein Mann, der arbeitet und denkt. Er war Beamter in spanischen Diensten und darf nicht unterschätzt werden, denn er besitzt große Fähigkeiten als Führer, als Diplomat und Organisator."

Luther will keine Aussprache

Verlegenheitsbeschluß des Aeltestenrats – „Kein Beratungsstoff" – Die nächste Sitzung erst Mittwoch

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde, wie wir berichtet haben, der Beschluß gefaßt, Präsident Loebe solle wegen der außenpolitischen Aussprache mit dem Reichskanzler verhandeln. Diese Verhandlungen haben bis zur Stunde ein befriedigendes Ergebnis nicht gehabt.

Der Reichstag hat gestern abend mit überwältigender Mehrheit sich letzten Endes für die außenpolitische Aussprache vor der Absendung der deutschen Antwort auf die Note Briands ausgesprochen. Das war der Kernpunkt der ganzen Debatte. Dazu hat nun **der Reichskanzler dem Präsidenten Löbe mitteilen lassen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt — also vor der Absendung der Note — eine außenpolitische Debatte im Reichstage nicht stattfinden könne.** Von dieser Erklärung des Reichstages hat der Reichstagspräsident heute mittag kurz vor Beginn der Plenarsitzung im Aeltestenrat Mitteilung gemacht. Der Reichskanzler hat sich ferner bereit erklärt, die Gründe für seine Zurückhaltung dem Aeltestenrat persönlich vorzutragen. **Nun hat der Aeltestenrat heute mittag beschlossen, daß am Montag und Dienstag keine Plenarsitzungen stattfinden sollen.** Als Begründung wurde von der Mehrheit des Aeltestenrats angegeben, es liege „kein Beratungsstoff" vor. Das klingt etwas sonderbar, wenn man weiß, wie groß noch die Aufgaben sind, die der Reichstag vor den Ferien erledigen will. Also im Augenblick ist geplant, den Montag und Dienstag völlig für die Ausschußsitzungen zu reservieren. Die Aeltestenratsitzung, in der der Reichskanzler sprechen will, wird dann erst, voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Das alles ist aber noch sehr im Fluß, **da die Sozialdemokraten erklärt haben, daß die Entscheidung in der heutigen Plenarsitzung getroffen werden müsse.** Aber auch dann, wenn der Reichstag heute beschließen sollte, daß er die Erklärungen des Reichskanzlers im Aeltestenrat abwarten will, so muß damit noch nicht ausgesprochen sein, daß die außenpolitische Aussprache endgültig bis nach der Absendung der deutschen Antwortnote, also etwa bis zum 15. oder 16. Juli vertagt sein würde.

Jedenfalls würden die Linksparteien sich vorbehalten, nach den Erklärungen des Reichskanzlers in Aeltestenrat erneut die sofortige Besprechung der außenpolitischen Lage im Plenum des Reichstages zu fordern.

Die Moskauer Todesurteile

Deutsche Schritte zur Verhinderung der Urteilsvollstreckung

Der Schlußbericht über den Moskauer Studentenprozeß ist der Reichsregierung zur Stunde noch nicht zugegangen, wird aber noch im Laufe des Tages erwartet. Bis zum Eingang des Berichtes behält sich die Reichsregierung, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, die Stellungnahme vor. Die Regierung hat jedoch Schritte unternommen, die eine Urteilsvollstreckung auf jeden Fall verhindern sollen.

Daneben ist zu erwarten, daß die Angeklagten von dem ihnen zustehenden Recht eines Gnadengesuches an das Zentralexekutivkomitee der Union der Sowjetrepublik Gebrauch werden. Außerdem **wird die deutsche Regierung von der Swjetregierung befriedigende Erklärungen darüber verlangen, daß die im Prozeß aufgestellten Behauptungen über mittelbare und unmittelbare Mitwirkung des Legationsrats Hilger an dem den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen unberechtigt sind.** Im übrigen muß sich die Reichsregierung ihre weiteren Schritte vorbehalten, bis der von der deutschen Botschaft in Moskau eingeforderte abschließende Bericht über den Prozeß vorliegt.

Fast 5 Millionen Sachsen. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes in Dresden betrug die Bevölkerungszahl des Freistaates Sachsen am 16. Juni 4 970 301 Personen. Am 1. Dezember 1910 hatte Sachsen 4 806 661 Bewohner. Die Volkszahl in Sachsen ist demnach in diesem Zeitraum um 3,4 Prozent gestiegen. Die Einwohnerzahl von Dresden beträgt 608 025, die von Leipzig 660 140 Personen.

Die Opfer der Moskauer Justizkomödie

Ditmar

Dr. Kindermann

Wolscht

Schnelldienst

Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold wohnt den heutigen Beratungen des Steuerausschusses bei, um ähnlich wie gestern sein preußischer Kollege Hoepker-Aschhoff gegen das Finanzausgleichsgesetz der Reichsregierung Einspruch zu erheben.

Die diesjährige Tagung des Auslandsdeutschtums findet in den Tagen vom 29. August bis 5. September in Berlin statt.

Der französische Außenminister Briand hat gestern abend den polnischen Außenminister Skrzynski empfangen, der auf der Durchreise nach den Vereinigten Staaten ist.

Briand hat gestern abend den englischen Botschafter Lord Crewe empfangen.

In der gestrigen Londoner Kabinettssitzung wurde die Lage in China erörtert.

Die „Times" melden aus Hongkong, der Streik dehne sich weiter aus, die Post werde nicht mehr ausgetragen.

Die amerikanische Regierung hat an die Regierung von Jugoslawien einen genau ausgearbeiteten Plan über die Regelung der jugoslawischen Schulden an Amerika gesandt.

Die Lira hat sich gestern an den italienischen Börsen etwas erholt. Das Pfund sank bis auf 134, der Dollar auf 28,4.

Gestern ist nach einer Unterbrechung von 20 Tagen das römische Organ der Popolari „Il Popolo" wieder erschienen.

Blitzableiter

Flächensteuer statt Zölle

Von

Dr. h. c. Freiherr v. Schoenaich, Generalmajor a. D.

Die „B. V. Z." hat sehr richtig auf den Hauptgefahrenpunkt der augenblicklichen politischen Lage hingewiesen. Die Regierung Luther könnte versuchen, die Abrüstungsfrage hinhaltend zu behandeln, um zunächst einmal die Zollgesetze unter Dach und Fach zu bringen. Nachher wäre ihr ein Sturz nicht unangenehm, die fatale Erledigung der Abrüstung würde sie neidlos einer Regierung der Weimarer Koalition überlassen. Die Rechtspresse würde dieweil die Wut des Volkes gegen die Forderungen unserer Gegner tüchtig schüren, damit es die unsozialen Zollgesetze und den Abbau des Achtstundentages geduldig schluckt.

Das heißt, die Abrüstung soll der Blitzableiter sein für die Liebesgaben an die großen Wirtschaftsgruppen.

Die Beständigkeit unserer Außenpolitik könnte ohne Schwierigkeit durch das Verbleiben der beiden Minister Dr. Geßler und Dr. Stresemann gesichert werden, da beide Herren die für Politiker unschätzbare Eigenschaft besitzen, sowohl in einer Rechts- wie in einer Linksregierung zu amtieren, ohne ihre politischen Grundsätze irgendwie zu ändern.

Ob der große Schlag gelingt, ob die Linksparteien darauf reinfallen, steht noch nicht fest, wir müssen uns aber mit dem Gedanken vertraut machen, daß man die Zollgesetze durchpeitscht.

Das Kernstück dabei sind die Getreide- und Viehzölle. Die Landwirte behaupten, ohne sie nicht existieren zu können.

Das Jammern der Landwirte muß man mit großer Vorsicht aufnehmen. Die Herren haben auch gejammert, als sie während der Inflation im Gelde schwammen. Wie geht es den Landwirten jetzt nun wirklich? Ich glaube über den Verdacht erhaben zu sein, die großen Wirtschaftsgruppen über Gebühr in Schutz zu nehmen, aber ich sage es rund heraus, sie kämpfen zurzeit einen schweren Kampf. Nicht die hohen Löhne, wie manche behaupten, auch nicht die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, und nicht die hohen Preise für landwirtschaftliche Maschinen sind das entscheidende, sondern die Kreditschwierigkeiten, die für den nur einmal jährlich umsetzenden Landwirt viel unangenehmer sind als für den Industriellen und den Kaufmann. Zurzeit ist der Getreidezoll viel weniger brennend als die Vieh- und Fleischzölle, da die Auslandspreise für Getreide höher sind als die Inlandspreise. Der Landwirt muß sich in seiner Wirtschaft aber auf lange Sicht einstellen. Es ist also durchaus verständlich, daß ihm die Zukunftspreise ernste Sorge bereiten. Es besteht die große Gefahr, daß die Landwirte sich aus Zukunftssorgen auf extensive, das heißt weniger risikoreiche und weniger kreditbedürftige Wirtschaft einstellen. Das aber muß aus volkswirtschaftlichen Gründen verhindert werden.

Nachdem sämtliche zünftigen Volkswirte sich gegen Getreidezölle ausgesprochen haben, weil sie die Arbeiter belasten, die Lohnschraube in Bewegung setzen und unsere Industrie auf dem Weltmarkt ausschalten, muß nach anderen Mitteln gesucht werden, der Landwirtschaft zu helfen.

Ich glaube, daß das Mittel nur in der Steuergesetzgebung zu suchen ist. Unsere Steuergesetze sind so verwickelt, daß nur noch Spezialisten hindurchfinden. Das aber wieder öffnet der Steuerhinterziehung Tür und Tor. Es ist ein Kinderspiel für einen Landwirt, so zu wirtschaften, daß buchmäßig nachzuweisen ist, daß ein Einkommen in dem laufenden Jahre nicht erzielt worden ist.

Dagegen gibt es nur ein Mittel, und das ist die Flächensteuer. Die Vorschläge, die der frühere oldenburgische Ministerpräsident Tantzen, dem ersten Fachmann auf dem Gebiet, dem Reichsfinanzministerium in einer Denkschrift unterbreitet hat, scheinen dort in den Papierkorb gewandert zu sein.

Die Sache liegt ganz einfach. Wenn heute ein Gut oder eine Bauernstelle verpachtet wird, so einigen sich Pächter und Verpächter sehr schnell über den Pachtpreis. Sie berechnen einfach beide, was bei verständiger Wirtschaft aus dem Betrieb herausgeholt werden kann. Die Pachtpreise bewegen